

Bevölkerungsbefragung zur Bundestagswahl: Digitalisierung September 2017



Zusammenfassung

Bevölkerungsbefragung zur Bundestagswahl: Digitalisierung



Drei Viertel der Bundesbürger wollen am 24. September 2017 an der Bundestagswahl teilnehmen (S. 5). **Ein Drittel hält es für sehr wichtig, dass sich die Parteien in ihren Wahlprogrammen mit dem Thema Digitalisierung beschäftigen** (S. 9). Die Verantwortung dafür, dass Deutsche digital gebildet sind, also z. B. mit dem Internet, technischen Geräten und digitalen Angeboten zurechtkommen, sehen die Befragten vornehmlich bei Schulen und Hochschulen (62 %) sowie bei Bund und Ländern (57 %). 44 % sehen aber auch jeden Einzelnen in der Verantwortung (S. 33).



Etwa jeder Fünfte wünscht sich, dass der Bund in den Ausbau des Breitband- bzw. Glasfasernetzes investiert (S. 7). **Aus Sicht der Bundesbürger wird ein schnelleres Internet gebraucht, vor allem für große (60 %) und kleine bzw. mittelständische Unternehmen (52 %) sowie für Behörden (53 %, S. 10).** Mehr als jeder Zweite meint, dass alle Bürger ein Anrecht auf bezahlbares Breitband-Internet haben sollen. Knapp die Hälfte fordert demnach auch, dass jedes Gebäude einen Breitband-Internetanschluss erhält und jeder Bürger einen Zugang zu einem schnellen Internet bekommt (S. 13).



Die Kosten für den Ausbau sollen dabei vor allem die Unternehmen, die Internetdienstleistungen anbieten, (66 %) sowie Bund, Länder und Kommunen (63 %) tragen (S. 16). **Trotzdem wäre jeder Zweite grundsätzlich auch dazu bereit, für einen permanent schnelleren Internetanschluss mehr Geld zu bezahlen** (S. 18).



Die Deutschen sehen in erster Linie Netzbetreiber (69 %), Internetprovider (66 %), aber auch Bund und Länder (63 %) in der Pflicht, mehr für die IT-Sicherheit zu tun (S. 21). **Drei Viertel wollen allerdings auch, dass Unternehmen Verantwortung tragen:** Nach einer Cyberattacke sollen sie dazu verpflichtet werden, ihre Sicherheitslücken zu melden, damit diese bekannt werden und andere – Unternehmen wie auch öffentliche Einrichtungen – eigene Sicherheitslücken schließen können (S. 23).

Zusammenfassung (Fortsetzung)

Bevölkerungsbefragung zur Bundestagswahl: Digitalisierung



Bundesbürger fordern beim Thema Datenschutz vor allem von Anbietern digitaler Produkte und Unternehmen Schutzmaßnahmen. So wollen 72 %, dass Anbieter wie WhatsApp oder Skype genauso dazu verpflichtet werden, Verbraucherrechte zu schützen, wie traditionelle Telekommunikations-unternehmen. **Ebenfalls 72 % fordern, dass Unternehmen persönliche Daten ihrer Kunden besser vor Zugriffen schützen.** Mehr als jeder Zweite sieht allerdings auch Bund und Länder in der Pflicht, sich mehr um Datenschutz zu kümmern. Eine Eigenverantwortung von Privatpersonen für den Schutz ihrer Daten sieht hingegen nur etwas mehr als ein Drittel (S. 25).



Mit der Entwicklung und Nutzung neuer Technologien ergeben sich neue Aspekte des Datenschutzes: **Daten werden erfasst, gesammelt und komplex verknüpft, z. B. beim Einsatz von künstlicher Intelligenz, wie bei einem digitalen Assistenten oder einem autonom fahrenden Auto.** Die Fragen in Bezug auf den Schutz der persönlichen Nutzerdaten sollen dabei nach Mehrheit der Deutschen (60 %) Bund und Länder sowie Digitalunternehmen gleichermaßen klären (S. 28).



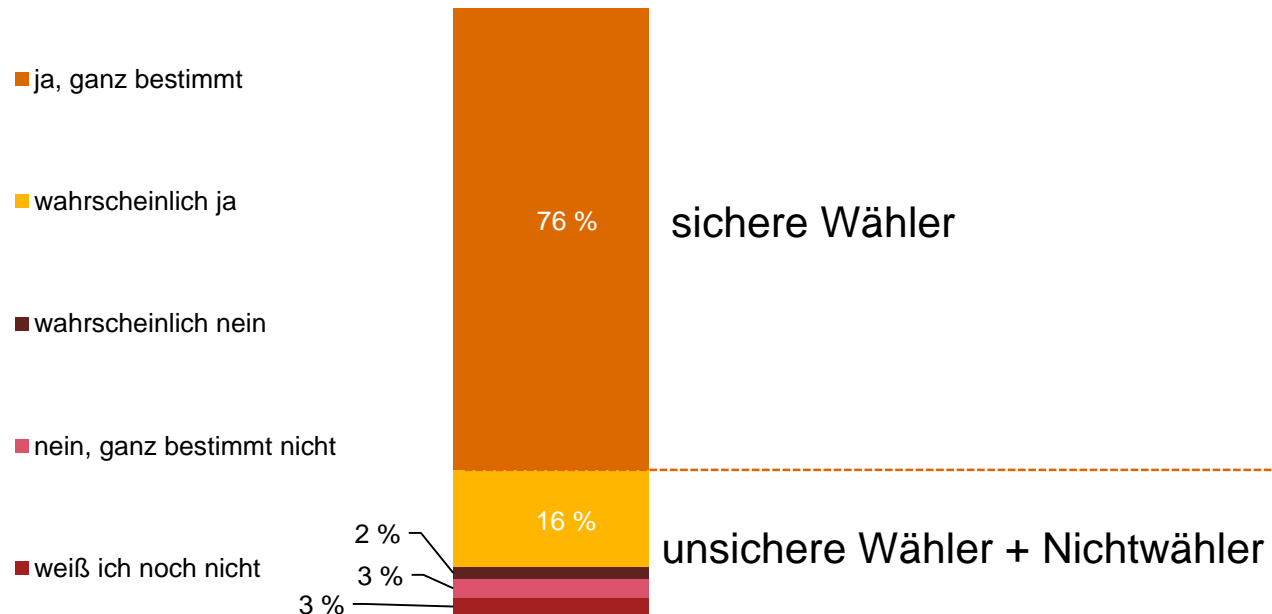
Einige Parteien setzen sich dafür ein, dass bestimmte Vorgehensweisen beim Konsum im Internet oder auf anderen digitalen Plattformen überdacht und neu geregelt werden sollen. Die Deutschen sind dabei vor allem gegen eine unfaire Preisbildung. Sie lehnen es ab, dass sich Preise z. B. an Alter oder Wohnort ausrichten (62 %). **Etwa jeder Zweite wünscht sich umfassendere Informationen bei der Nutzung von Apps für Smartphones oder Tablets, z. B. auch im Hinblick auf den Schutz ihrer persönlichen Daten (45 %).** Mehr als ein Drittel fordert, dass ein Tarif- oder Anbieterwechsel bei Internet und Mobilfunk einfacher werden soll (S. 30).

Ergebnisse

Wer geht zur Bundestagswahl?

Drei Viertel der Deutschen wollen am 24. September 2017 ganz sicher einer Partei ihre Stimme geben.

Plan, zur Wahl zu gehen



Frage 1: Zunächst eine Frage zur Bundestagswahl am 24. September 2017: Werden Sie an der Bundestagswahl teilnehmen und einer Partei Ihre Stimme geben?
Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

Wer geht zur Bundestagswahl?

Vor allem Ältere wollen sich sicher an der Bundestagswahl beteiligen.

Plan, zur Wahl zu gehen

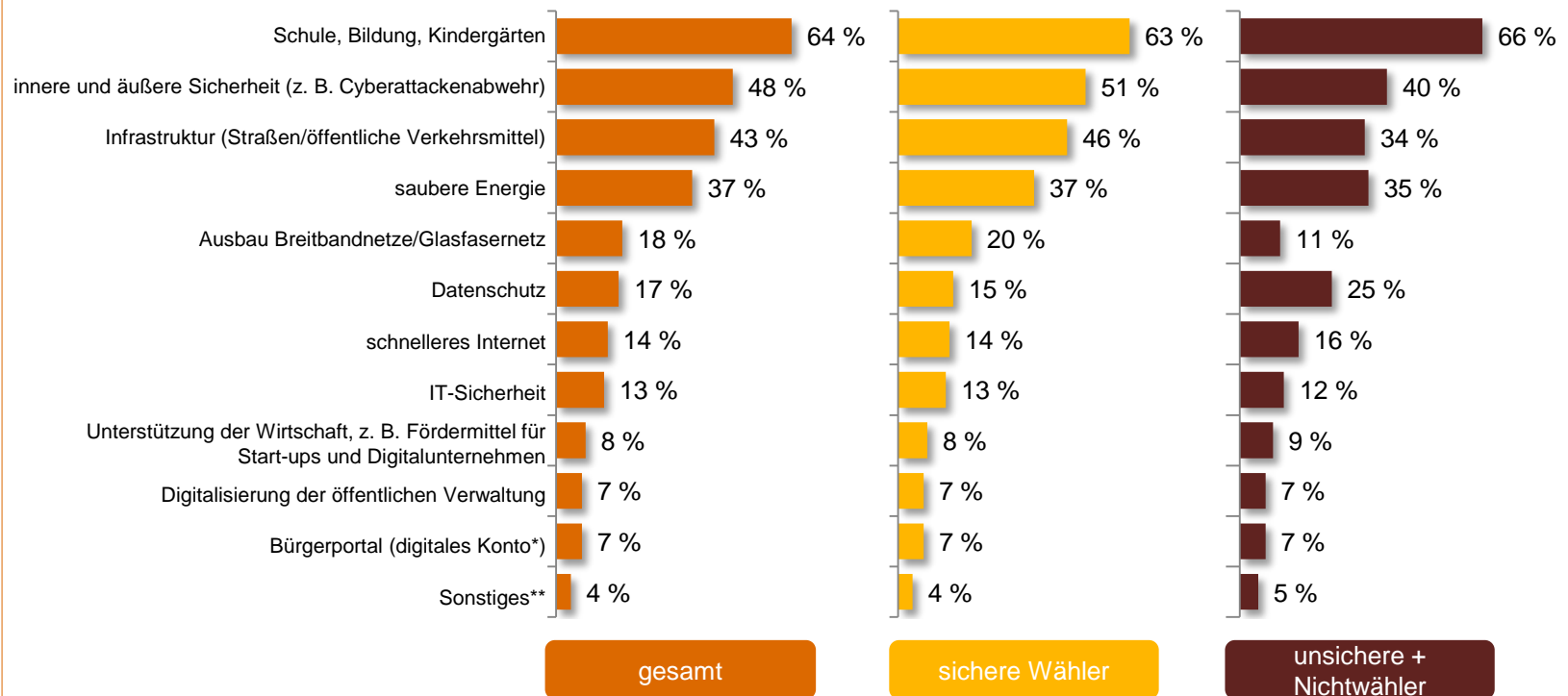
	Geschlecht		Alter					
	Total	Männer	Frauen	18 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60+ Jahre
Basis	1.000	489	511	170	147	167	189	327
ja, ganz bestimmt	76 %	79 %	74 %	66 %	65 %	79 %	81 %	83 %
wahrscheinlich ja	16 %	15 %	17 %	26 %	21 %	13 %	14 %	11 %
wahrscheinlich nein	2 %	2 %	2 %	2 %	5 %	2 %	1 %	2 %
nein, ganz bestimmt nicht	3 %	3 %	2 %	4 %	4 %	1 %	1 %	2 %
weiß ich noch nicht	3 %	1 %	5 %	2 %	5 %	5 %	3 %	2 %

Frage 1: Zunächst eine Frage zur Bundestagswahl am 24. September 2017: Werden Sie an der Bundestagswahl teilnehmen und einer Partei Ihre Stimme geben?
Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

In welche Bereiche soll der Bund investieren?

Knapp jeder fünfte Bundesbürger wünscht sich Investitionen in den Ausbau des Breitbandnetzes.

Wichtigste Investitionsbereiche



Frage 2: In welchen Bereichen sollte der Bund Ihrer Meinung nach in den nächsten vier Jahren verstärkt investieren? Bitte nennen Sie die drei aus Ihrer Sicht wichtigsten Bereiche. Basis: alle Befragten, N = 1.000 / sichere Wähler, N = 765 / unsichere Wähler + Nichtwähler, N = 235 (maximal drei Nennungen)

* das Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen ermöglicht mit nur einem Log-in für den Bürger / ** Soziales, weiß nicht

In welche Bereiche soll der Bund investieren?

Investitionen in schnelleres Internet wollen hauptsächlich Jüngere unter 30 Jahren.

Wichtigste Investitionsbereiche

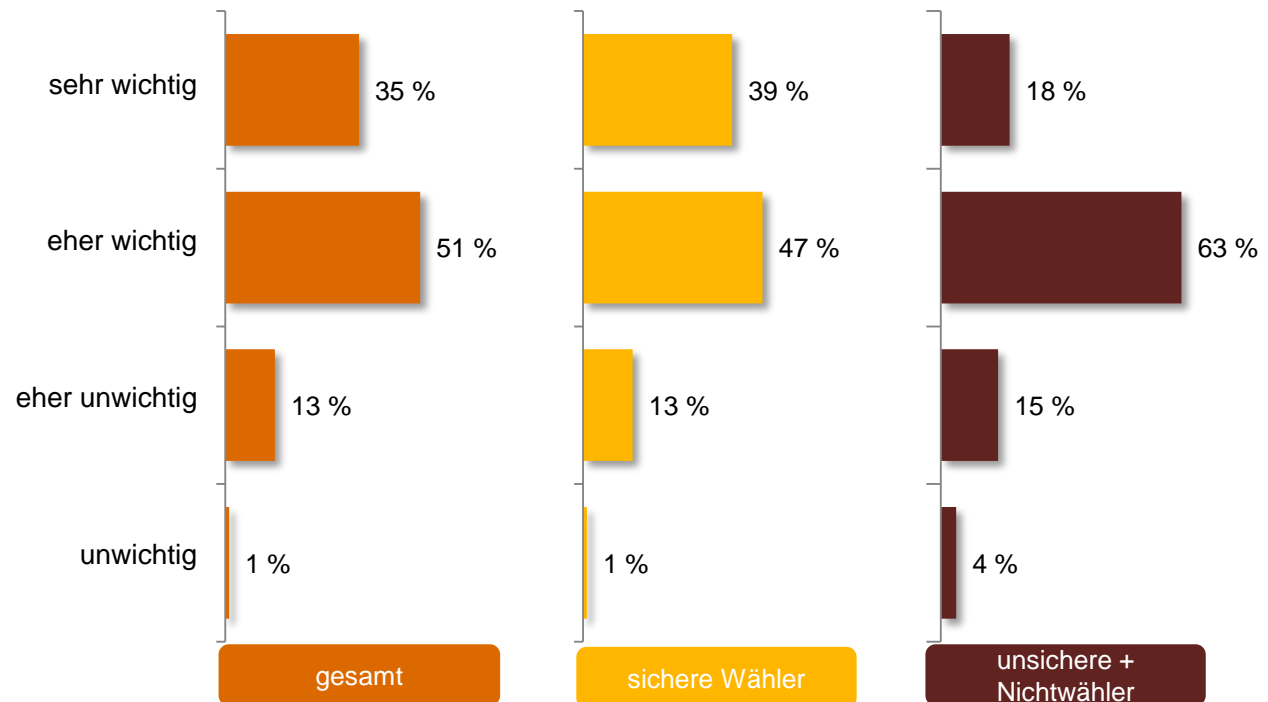
	Total	Alter				
		18 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60+ Jahre
Basis	1.000	170	147	167	189	327
Schule, Bildung, Kindergärten	64 %	61 %	66 %	66 %	63 %	64 %
innere und äußere Sicherheit (z. B. Cyberattackenabwehr)	48 %	38 %	37 %	52 %	51 %	56 %
Infrastruktur (Straßen/öffentliche Verkehrsmittel)	43 %	28 %	39 %	47 %	44 %	50 %
saubere Energie	37 %	42 %	29 %	31 %	42 %	37 %
Ausbau Breitbandnetze/Glasfasernetz	18 %	16 %	16 %	18 %	19 %	18 %
Datenschutz	17 %	22 %	19 %	23 %	16 %	12 %
schnelleres Internet	14 %	19 %	14 %	13 %	13 %	13 %
IT-Sicherheit	13 %	13 %	12 %	14 %	14 %	14 %
Unterstützung der Wirtschaft, z. B. Fördermittel für Start-ups und Digitalunternehmen	8 %	12 %	18 %	7 %	5 %	5 %
Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung	7 %	11 %	8 %	4 %	5 %	8 %
Bürgerportal (digitales Konto)	7 %	7 %	7 %	5 %	6 %	9 %
Sonstiges	4 %	4 %	4 %	5 %	6 %	4 %

Frage 2: In welchen Bereichen sollte der Bund Ihrer Meinung nach in den nächsten vier Jahren verstärkt investieren? Bitte nennen Sie die drei aus Ihrer Sicht wichtigsten Bereiche. Basis: alle Befragten, N = 1.000 (maximal drei Nennungen)

Digitalisierung: Thema in den Wahlprogrammen?

Vier von zehn sicheren Wählern halten es für sehr wichtig, dass sich die Parteien in ihren Wahlprogrammen mit Digitalisierung beschäftigen.

Parteien sollen sich mit dem Thema beschäftigen

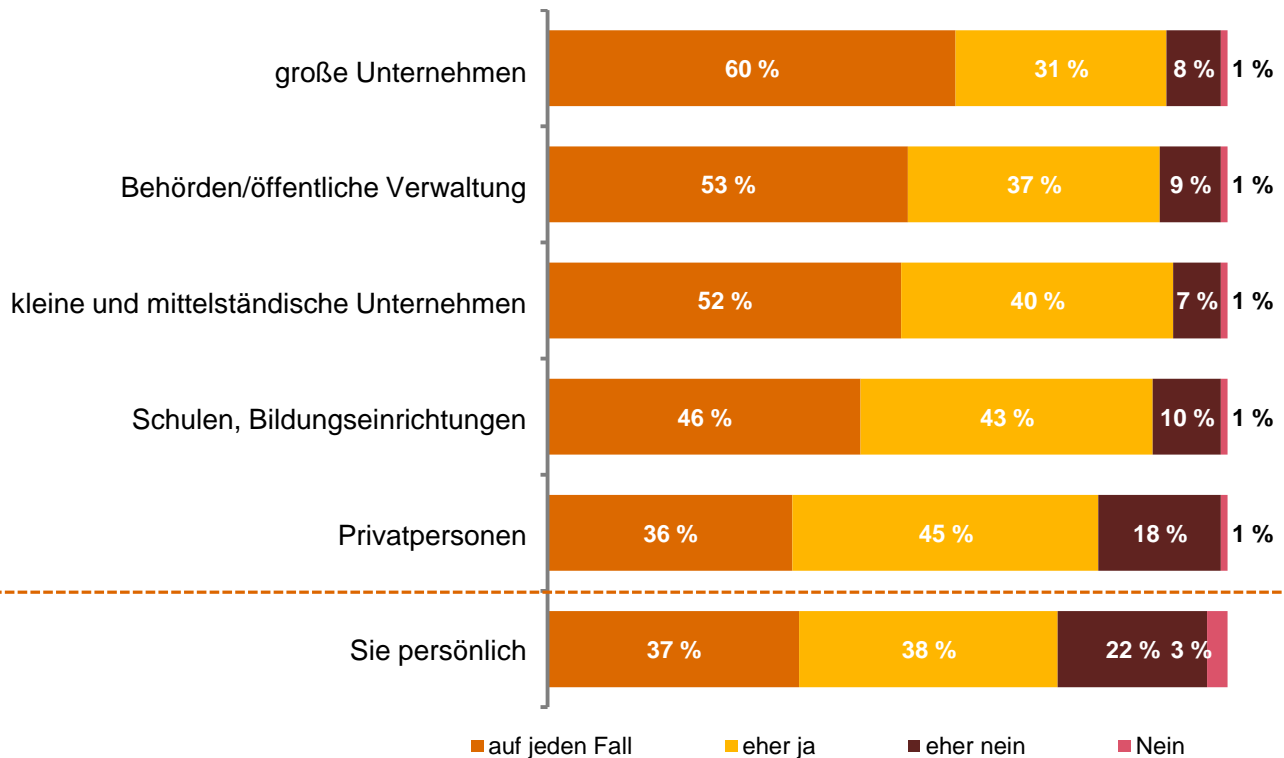


Frage 3: Für wie wichtig halten Sie es generell, dass sich die Parteien in ihren Wahlprogrammen mit dem Thema Digitalisierung auseinandersetzen?
Basis: alle Befragten, N = 1.000 / sichere Wähler, N = 765 / unsichere Wähler + Nichtwähler, N = 235 (Einfachnennung)

Wer braucht schnelleres Internet?

Vor allem Unternehmen und Behörden brauchen aus Sicht der Bundesbürger schnelleres Internet.

Schnelleres Internet ist wichtig für ...



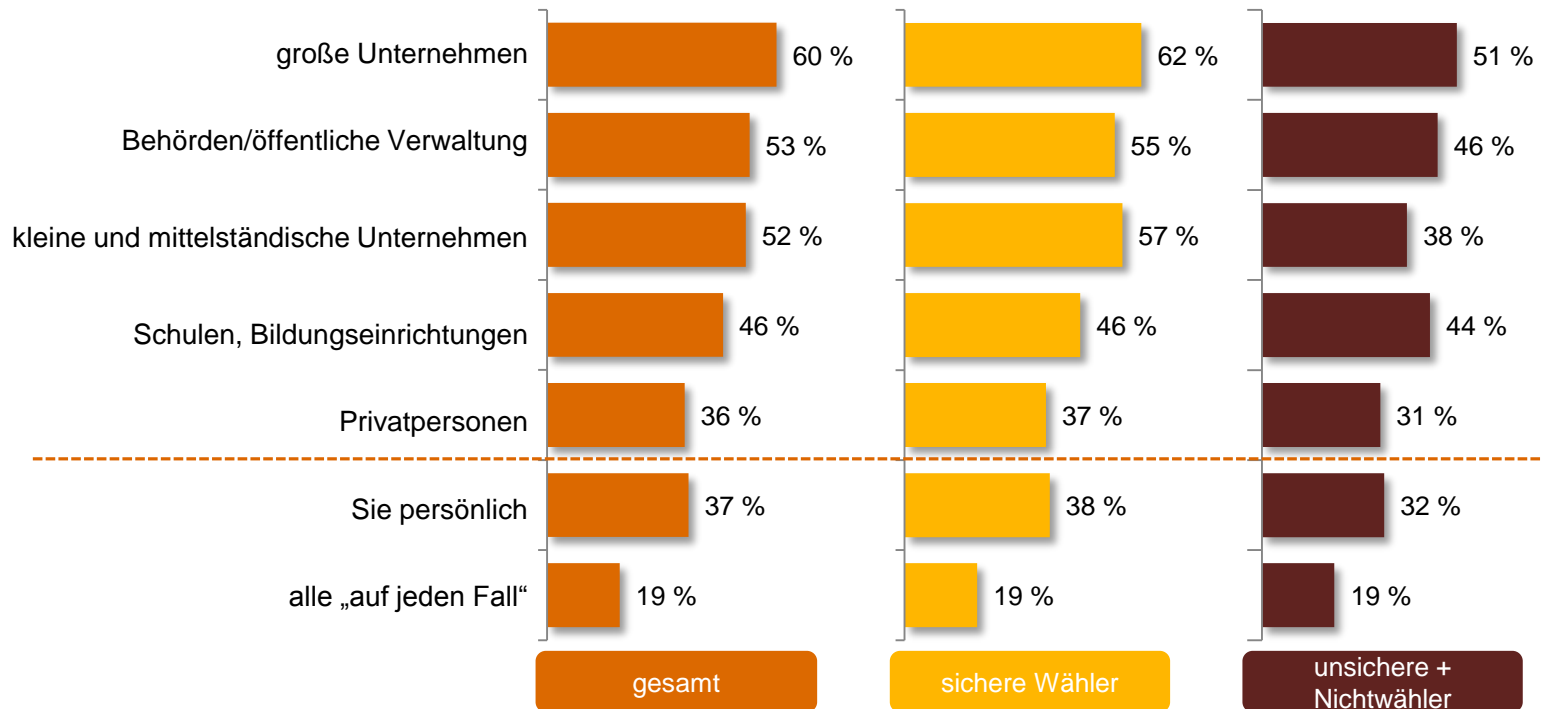
Frage 4: Bund und Unternehmen wollen in den nächsten Jahren Milliarden Euro in den Ausbau eines schnelleren Internets stecken. Was denken Sie, wer braucht in Deutschland ein schnelleres Internet?

Basis: alle Befragten, N = 1.000 (skalierte Abfrage, sortiert nach: auf jeden Fall)

Wer braucht schnelleres Internet?

Sichere Wähler beurteilen die Notwendigkeit von schnellerem Internet für Unternehmen und Behörden höher.

Schnelleres Internet ist auf jeden Fall wichtig für ...



Frage 4: Bund und Unternehmen wollen in den nächsten Jahren Milliarden Euro in den Ausbau eines schnelleren Internets stecken. Was denken Sie, wer braucht in Deutschland ein schnelleres Internet?

Basis: alle Befragten, N = 1.000 / sichere Wähler, N = 765 / unsichere Wähler + Nichtwähler, N = 235 (skalierte Abfrage, Darstellung: auf jeden Fall)

Wer braucht schnelleres Internet?

Besonders Ältere sind der Ansicht, dass Unternehmen und Behörden schnelleres Internet benötigen.

Schnelleres Internet ist auf jeden Fall wichtig für ...

Top: auf jeden Fall	Alter					
	Total	18 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60+ Jahre
Basis	1.000	170	147	167	189	327
große Unternehmen	60 %	49 %	53 %	61 %	59 %	68 %
Behörden/öffentliche Verwaltung	53 %	45 %	41 %	47 %	56 %	62 %
kleine und mittelständische Unternehmen	52 %	34 %	46 %	51 %	58 %	63 %
Schulen, Bildungseinrichtungen	46 %	41 %	38 %	45 %	52 %	49 %
Privatpersonen	36 %	43 %	33 %	33 %	38 %	33 %
Sie persönlich	37 %	41 %	33 %	39 %	40 %	33 %
alle „auf jeden Fall“	19 %	15 %	16 %	19 %	23 %	21 %

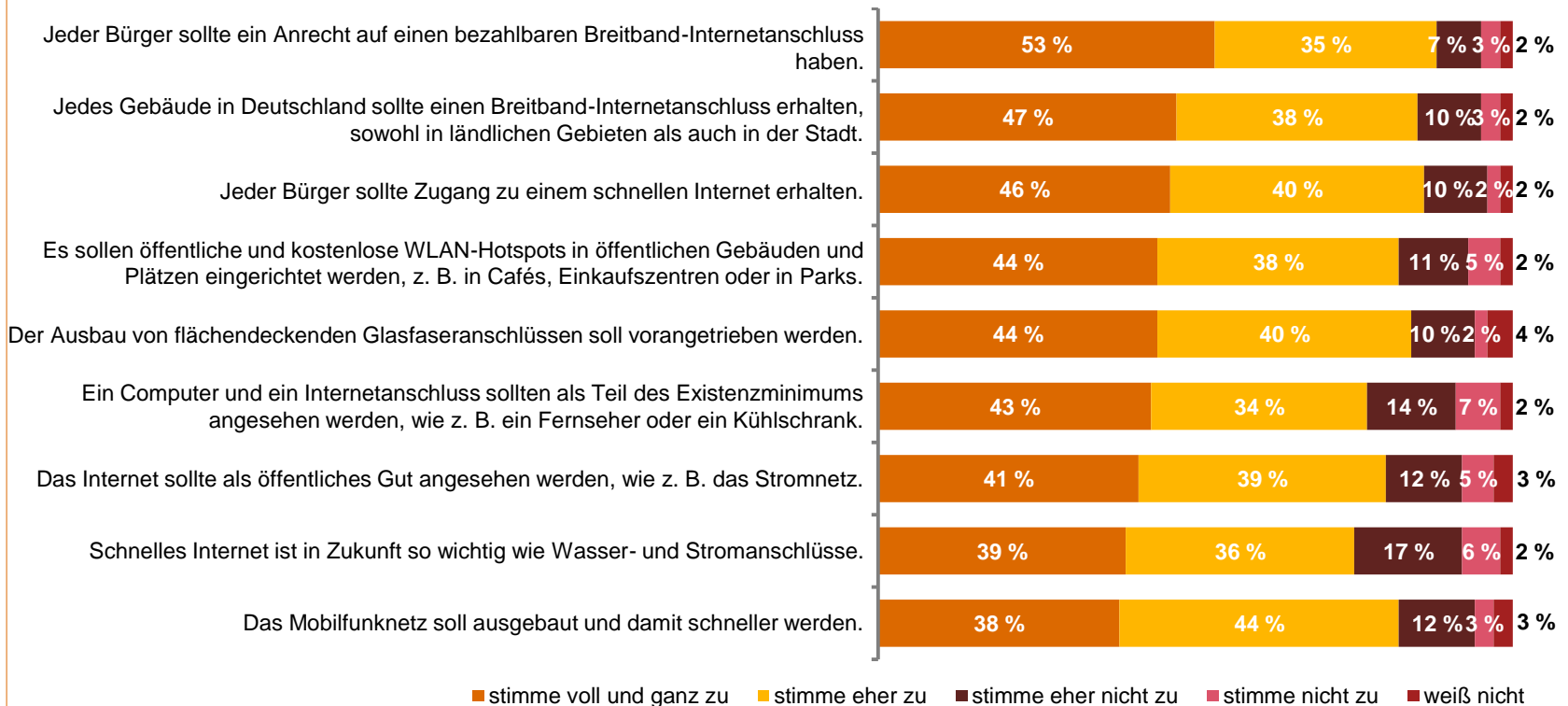
Frage 4: Bund und Unternehmen wollen in den nächsten Jahren Milliarden Euro in den Ausbau eines schnelleren Internets stecken. Was denken Sie, wer braucht in Deutschland ein schnelleres Internet?

Basis: alle Befragten, N = 1.000 (skalierte Abfrage)

Was fordern Deutsche in Bezug auf das Internet?

Mehr als jeder zweite Deutsche meint, dass alle Bürger ein Anrecht auf bezahlbares Breitband-Internet haben sollen.

Internet hat einen hohen Stellenwert für Bundesbürger

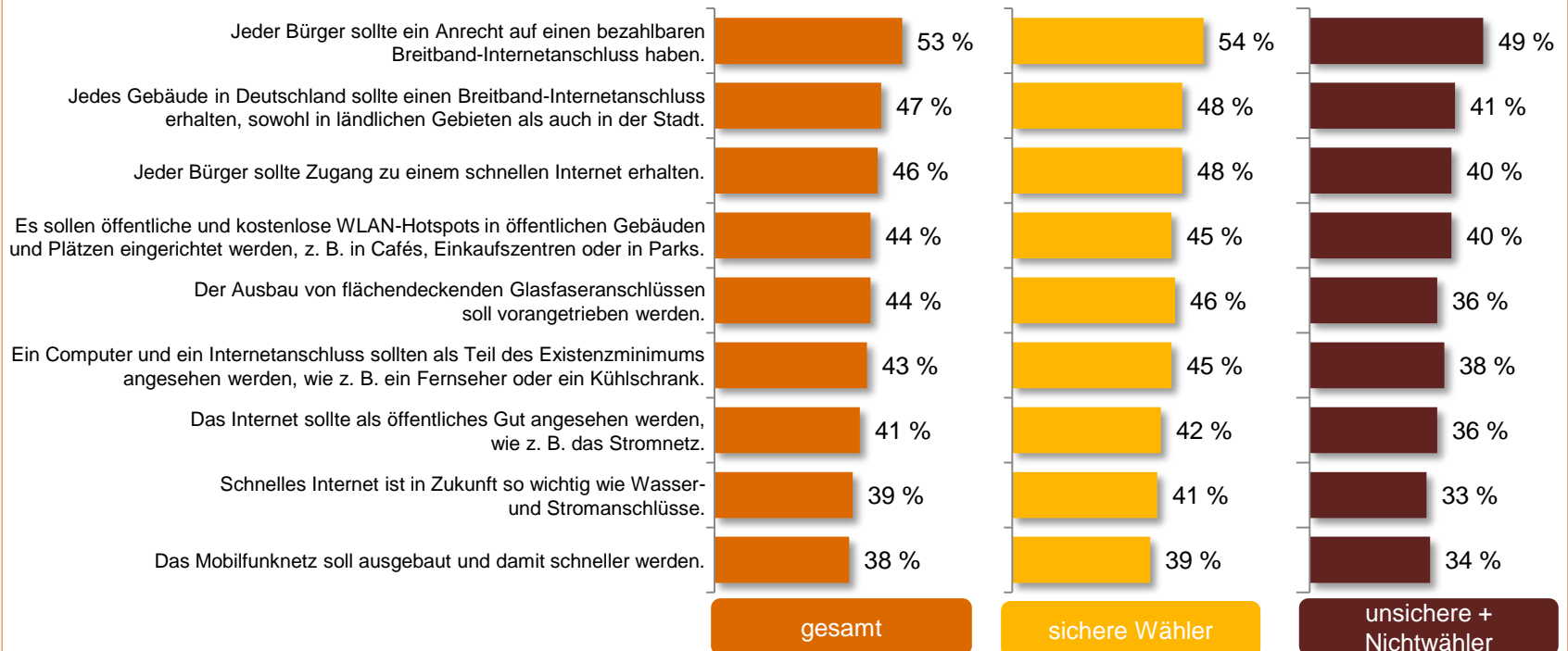


Frage 5: Nahezu alle Parteien sprechen sich in ihren Wahlprogrammen für den Ausbau des Internets und des Mobilfunknetzes aus. Bitte geben Sie an, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Basis: alle Befragten, N = 1.000 (skalierte Abfrage, sortiert nach: stimme voll und ganz zu)

Was fordern Deutsche in Bezug auf das Internet?

Für sichere Wähler sind Ausbau des Internets und der Mobilfunknetze wichtiger als für Unentschlossene und Nichtwähler.

Internet hat einen hohen Stellenwert für Bundesbürger



Frage 5: Nahezu alle Parteien sprechen sich in ihren Wahlprogrammen für den Ausbau des Internets und des Mobilfunknetzes aus. Bitte geben Sie an, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

Basis: alle Befragten, N = 1.000 / sichere Wähler, N = 765 / unsichere Wähler + Nichtwähler, N = 235 (skalierte Abfrage, Darstellung: stimme voll und ganz zu)

Was fordern Deutsche in Bezug auf das Internet?

Vor allem Ältere fordern Breitband-Internetanschlüsse für jedes Gebäude und schnelles Internet für jeden Bürger.

Internet hat einen hohen Stellenwert für Bundesbürger

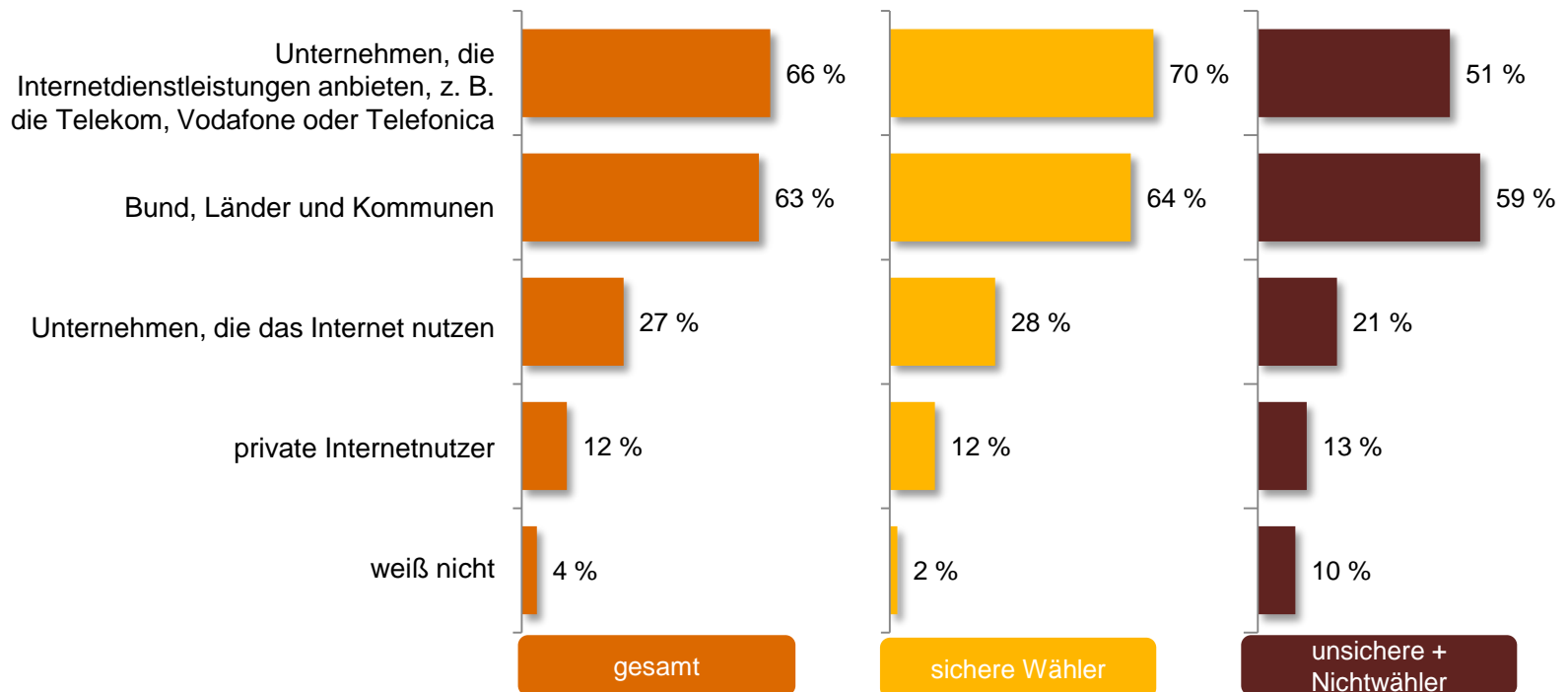
Top: Stimme voll und ganz zu	Alter					
	Total	18 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60+ Jahre
Basis	1.000	170	147	167	189	327
Jeder Bürger sollte ein Anrecht auf einen bezahlbaren Breitband-Internetanschluss haben.	53 %	46 %	44 %	52 %	60 %	56 %
Jedes Gebäude in Deutschland sollte einen Breitband-Internetanschluss erhalten, sowohl in ländlichen Gebieten als auch in der Stadt.	47 %	43 %	33 %	48 %	51 %	51 %
Jeder Bürger sollte Zugang zu einem schnellen Internet erhalten.	46 %	44 %	33 %	46 %	52 %	50 %
Es sollen öffentliche und kostenlose WLAN-Hotspots in öffentlichen Gebäuden und Plätzen eingerichtet werden, z. B. in Cafés, Einkaufszentren oder in Parks.	44 %	44 %	39 %	45 %	47 %	45 %
Der Ausbau von flächendeckenden Glasfaseranschlüssen soll vorangetrieben werden.	44 %	39 %	35 %	40 %	49 %	50 %
Ein Computer und ein Internetanschluss sollten als Teil des Existenzminimums angesehen werden, wie z. B. ein Fernseher oder ein Kühlschrank.	43 %	36 %	33 %	45 %	47 %	48 %
Das Internet sollte als öffentliches Gut angesehen werden, wie z. B. das Stromnetz.	41 %	38 %	34 %	38 %	47 %	43 %
Schnelles Internet ist in Zukunft so wichtig wie Wasser- und Stromanschlüsse.	39 %	29 %	30 %	42 %	44 %	45 %
Das Mobilfunknetz soll ausgebaut und damit schneller werden.	38 %	34 %	31 %	43 %	38 %	41 %

Frage 5: Nahezu alle Parteien sprechen sich in ihren Wahlprogrammen für den Ausbau des Internets und des Mobilfunknetzes aus. Bitte geben Sie an, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Basis: alle Befragten, N = 1.000 (skalierte Abfrage)

Wer soll den Ausbau des Internets finanzieren?

Aus Sicht der sicheren Wähler sollen vor allem die Unternehmen, die Internetdienstleistungen anbieten, den Ausbau bezahlen.

Bezahlen sollen in erster Linie ...



Frage 6: Wer soll aus Ihrer Sicht den Ausbau des Internets in Deutschland finanzieren?
Basis: alle Befragten, N = 1.000 / sichere Wähler, N = 765 / unsichere Wähler + Nichtwähler, N = 235 (Mehrfachnennung)

Wer soll den Ausbau des Internets finanzieren?

Deutsche unter 40 Jahren sehen an erster Stelle Bund, Länder und Kommunen in der Finanzierungspflicht.

Bezahlen sollen in erster Linie ...

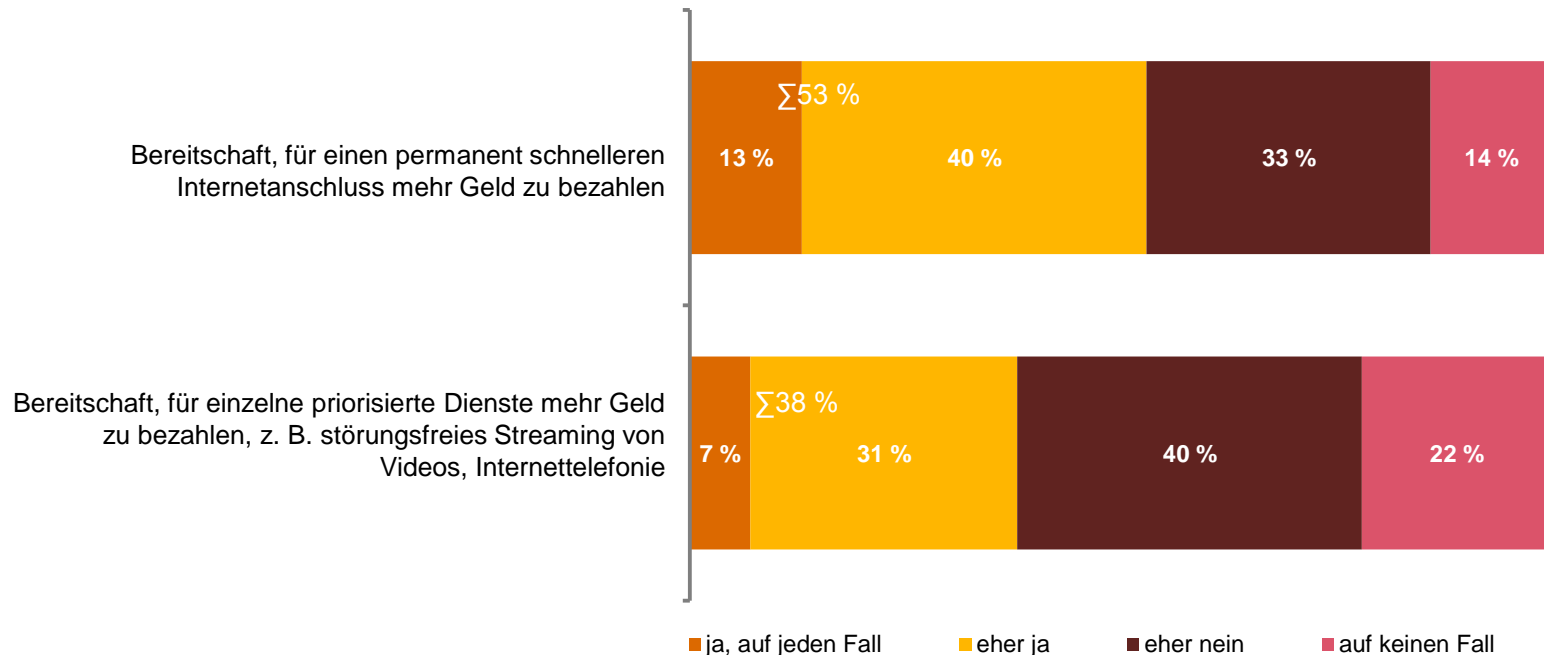
	Geschlecht			Alter				
	Total	Männer	Frauen	18 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60+ Jahre
Basis	1.000	489	511	170	147	167	189	327
Unternehmen, die Internetdienstleistungen anbieten, wie z. B. die Telekom, Vodafone oder Telefonica	66 %	69 %	63 %	58 %	53 %	69 %	70 %	71 %
Bund, Länder und Kommunen	63 %	67 %	58 %	63 %	62 %	65 %	64 %	61 %
Unternehmen, die das Internet nutzen	27 %	33 %	21 %	21 %	21 %	30 %	29 %	29 %
private Internetnutzer	12 %	16 %	8 %	17 %	13 %	14 %	10 %	9 %
weiß nicht	4 %	2 %	6 %	6 %	4 %	5 %	3 %	3 %

Frage 6: Wer soll aus Ihrer Sicht den Ausbau des Internets in Deutschland finanzieren?
Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Mehrfachnennung)

Wofür würden Bürger mehr Geld bezahlen?

Mehr als die Hälfte der Deutschen wäre grundsätzlich dazu bereit, für einen schnelleren Internetanschluss mehr Geld zu bezahlen.

Bereitschaft, für Internet oder einzelne Dienste mehr Geld zu bezahlen

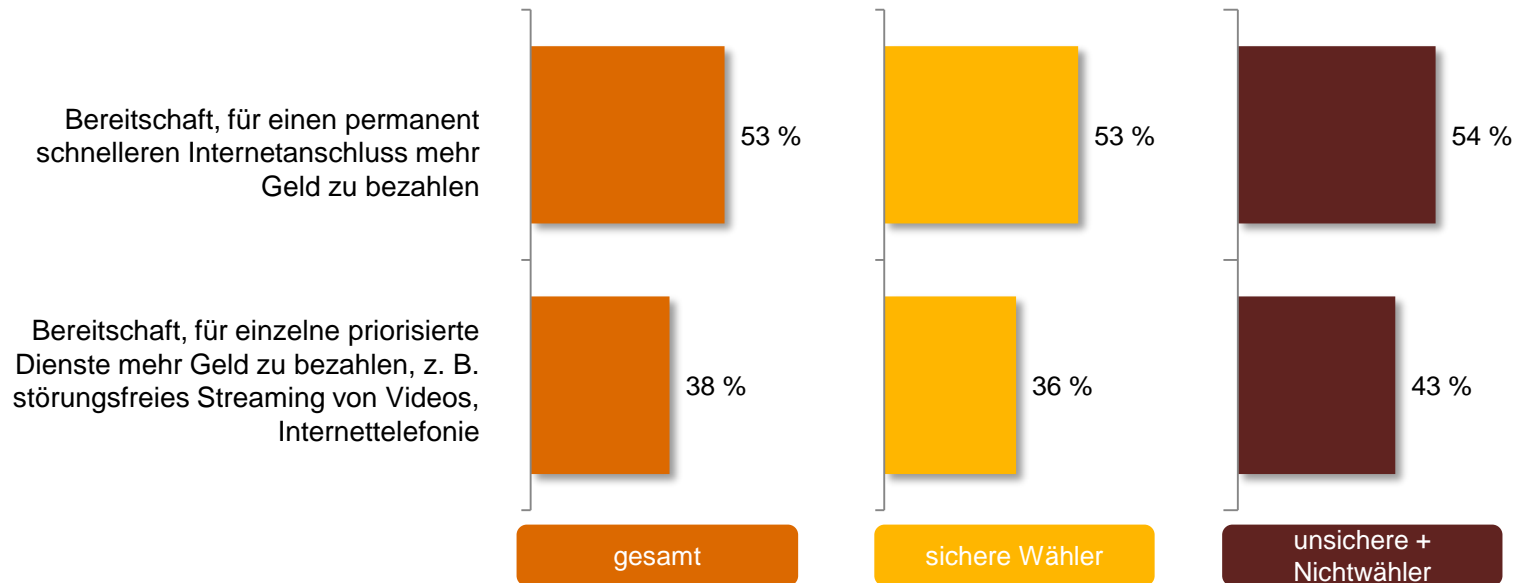


Frage 7: Wären Sie bereit, für einen permanent schnelleren Internetanschluss oder einzelne Dienste mehr Geld zu bezahlen?
Basis: alle Befragten, N = 1.000 (skalierte Abfrage, sortiert nach: ja, auf jeden Fall + eher ja)

Wofür würden Bürger mehr Geld bezahlen?

Unsichere und Nichtwähler würden eher für einzelne Internetdienste mehr Geld zu bezahlen als sichere Wähler.

Bereitschaft, für Internet oder einzelnen Dienste mehr Geld zu bezahlen



Frage 7: Wären Sie bereit, für einen permanent schnelleren Internetanschluss oder einzelne Dienste mehr Geld zu bezahlen?

Basis: alle Befragten, N = 1.000 / sichere Wähler, N = 765 / unsichere Wähler + Nichtwähler, N = 235 (skalierte Abfrage, Darstellung: ja, auf jeden Fall + eher ja)

Wofür würden Bürger mehr Geld bezahlen?

Männer und unter 30-Jährige sind eher dazu bereit, für schnelleres Internet und einzelne Dienste tiefer in die Tasche zu greifen

Bereitschaft, für Internet oder einzelnen Dienste mehr Geld zu bezahlen

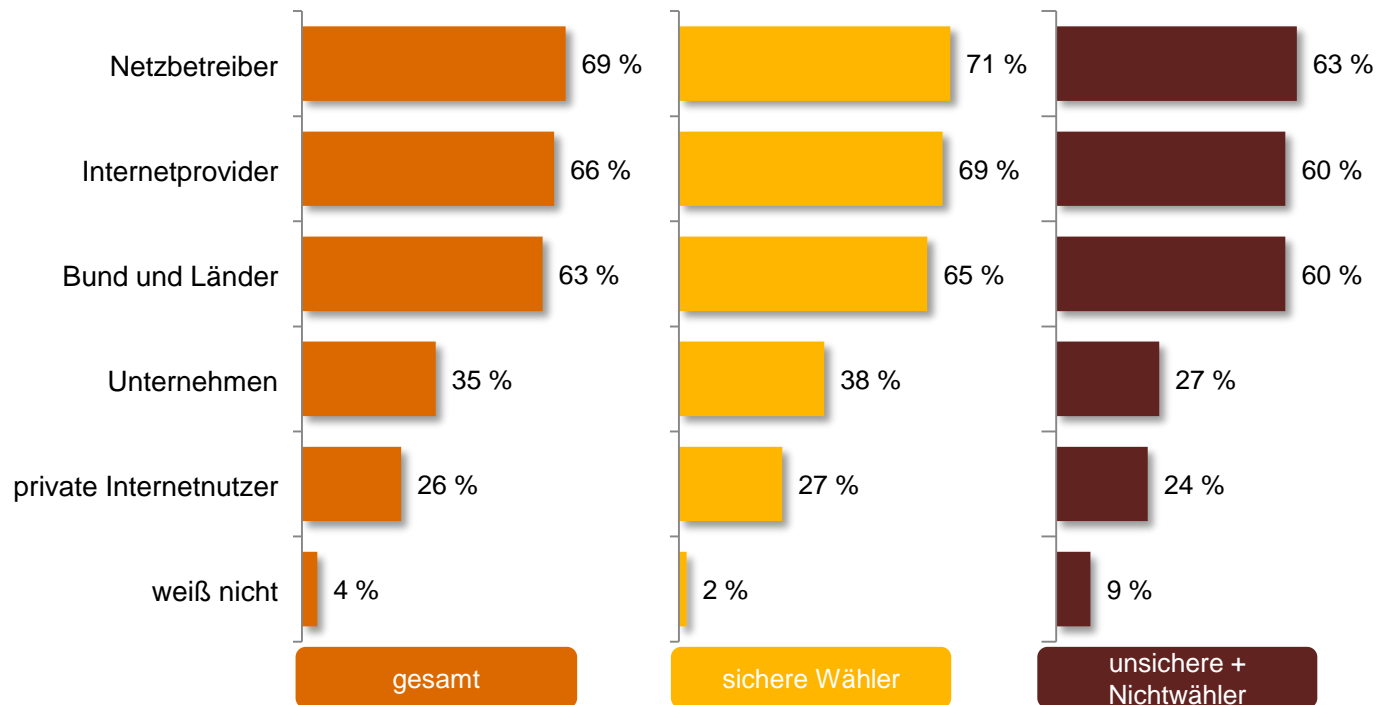
Top-2: auf jeden Fall + eher ja	Total	Geschlecht		Alter				
		Männer	Frauen	18 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60+ Jahre
Basis	1.000	489	511	170	147	167	189	327
Bereitschaft, für einen permanent schnelleren Internetanschluss mehr Geld zu bezahlen	53 %	60 %	46 %	64 %	59 %	48 %	57 %	45 %
Bereitschaft, für einzelne priorisierte Dienste mehr Geld zu bezahlen, z. B. störungsfreies Streaming von Videos, Internettelefonie	38 %	44 %	33 %	45 %	54 %	38 %	37 %	28 %

Frage 7: Wären Sie bereit, für einen permanent schnelleren Internetanschluss oder einzelne Dienste mehr Geld zu bezahlen?
Basis: alle Befragten, N = 1.000 (skalierte Abfrage)

Wer soll mehr für IT-Sicherheit tun?

Bundesbürger sehen in erster Linie Netzbetreiber, Internetprovider sowie Bund und Länder in der Pflicht, mehr für die IT-Sicherheit zu tun.

Cyberangriffe verhindern sollen ...



Frage 8: Nahezu täglich gibt es Meldungen in der Presse über Cyberangriffe. Davon sind sowohl öffentliche Einrichtungen, Unternehmen als auch private Personen betroffen. Wer sollte sich aus Ihrer Sicht für mehr IT-Sicherheit einsetzen?

Basis: alle Befragten, N = 1.000 / sichere Wähler, N = 765 / unsichere Wähler + Nichtwähler, N = 235 (Mehrfachnennung)

Wer soll mehr für IT-Sicherheit tun?

Unter 30-Jährige sehen die Verantwortung an erster Stelle bei Bund und Ländern.

Cyberangriffe verhindern sollen ...

	Geschlecht			Alter				
	Total	Männer	Frauen	18 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60+ Jahre
Basis	1.000	489	511	170	147	167	189	327
Netzbetreiber	69 %	73 %	66 %	58 %	58 %	68 %	80 %	74 %
Internetprovider	66 %	70 %	63 %	56 %	60 %	67 %	74 %	70 %
Bund und Länder	63 %	65 %	62 %	66 %	54 %	64 %	67 %	63 %
Unternehmen	35 %	41 %	30 %	35 %	37 %	33 %	46 %	29 %
private Internetnutzer	26 %	32 %	20 %	31 %	22 %	24 %	35 %	21 %
weiß nicht	4 %	2 %	5 %	8 %	3 %	4 %	2 %	3 %

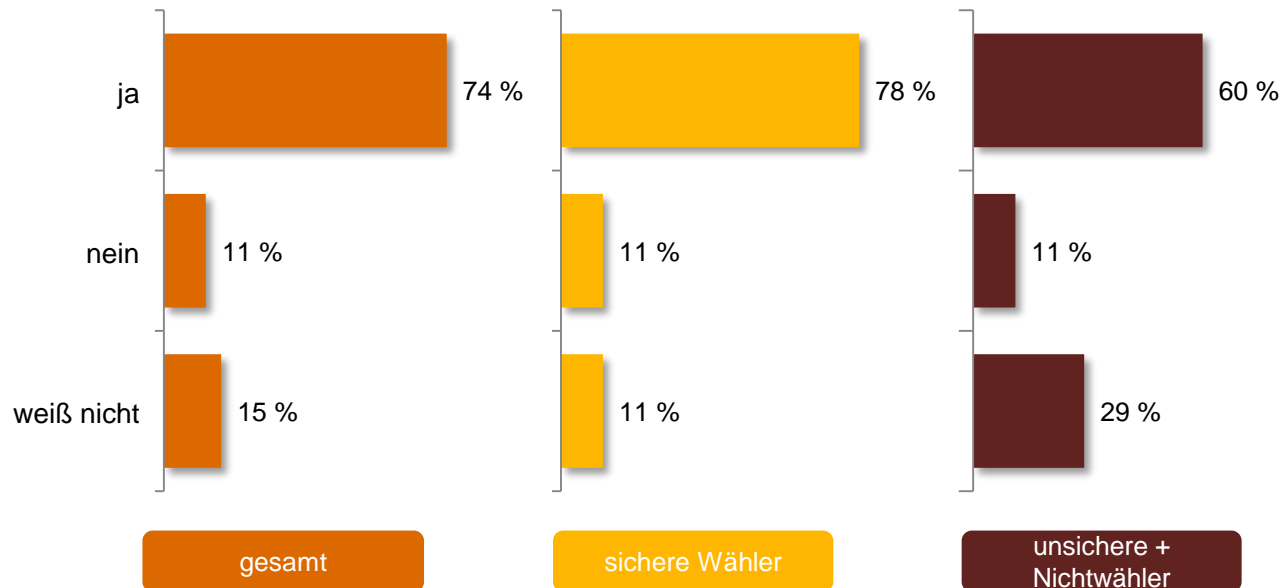
Frage 8: Nahezu täglich gibt es Meldungen in der Presse über Cyberangriffe. Davon sind sowohl öffentliche Einrichtungen, Unternehmen als auch private Personen betroffen. Wer sollte sich aus Ihrer Sicht für mehr IT-Sicherheit einsetzen?

Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Mehrfachnennung)

Sollen Unternehmen IT-Sicherheitslücken melden?

Drei Viertel der Deutschen wollen, dass Unternehmen nach einem Angriff dazu verpflichtet werden, Sicherheitslücken zu melden.

Sicherheitslücken sollen gemeldet werden



Frage 9: Vor allem Unternehmen sind Opfer von Cyberkriminalität. Sind Sie dafür, dass Unternehmen nach einem Angriff ihre Sicherheitslücken öffentlich melden müssen, damit diese bekannt werden und andere Unternehmen und/oder öffentliche Einrichtungen eigene Sicherheitslücken schließen können?

Basis: alle Befragten, N = 1.000 / sichere Wähler, N = 765 / unsichere Wähler + Nichtwähler, N = 235 (Einfachnennung)

Sollen Unternehmen IT-Sicherheitslücken melden?

Insbesondere Ältere wollen, dass Unternehmen zur Meldung ihrer Sicherheitslücken verpflichtet werden.

Sicherheitslücken sollen gemeldet werden

	Geschlecht			Alter				
	Total	Männer	Frauen	18 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60+ Jahre
Basis	1.000	489	511	170	147	167	189	327
ja	74 %	72 %	76 %	69 %	64 %	74 %	77 %	79 %
nein	11 %	14 %	7 %	14 %	14 %	9 %	11 %	8 %
weiß nicht	15 %	14 %	17 %	18 %	22 %	17 %	12 %	13 %

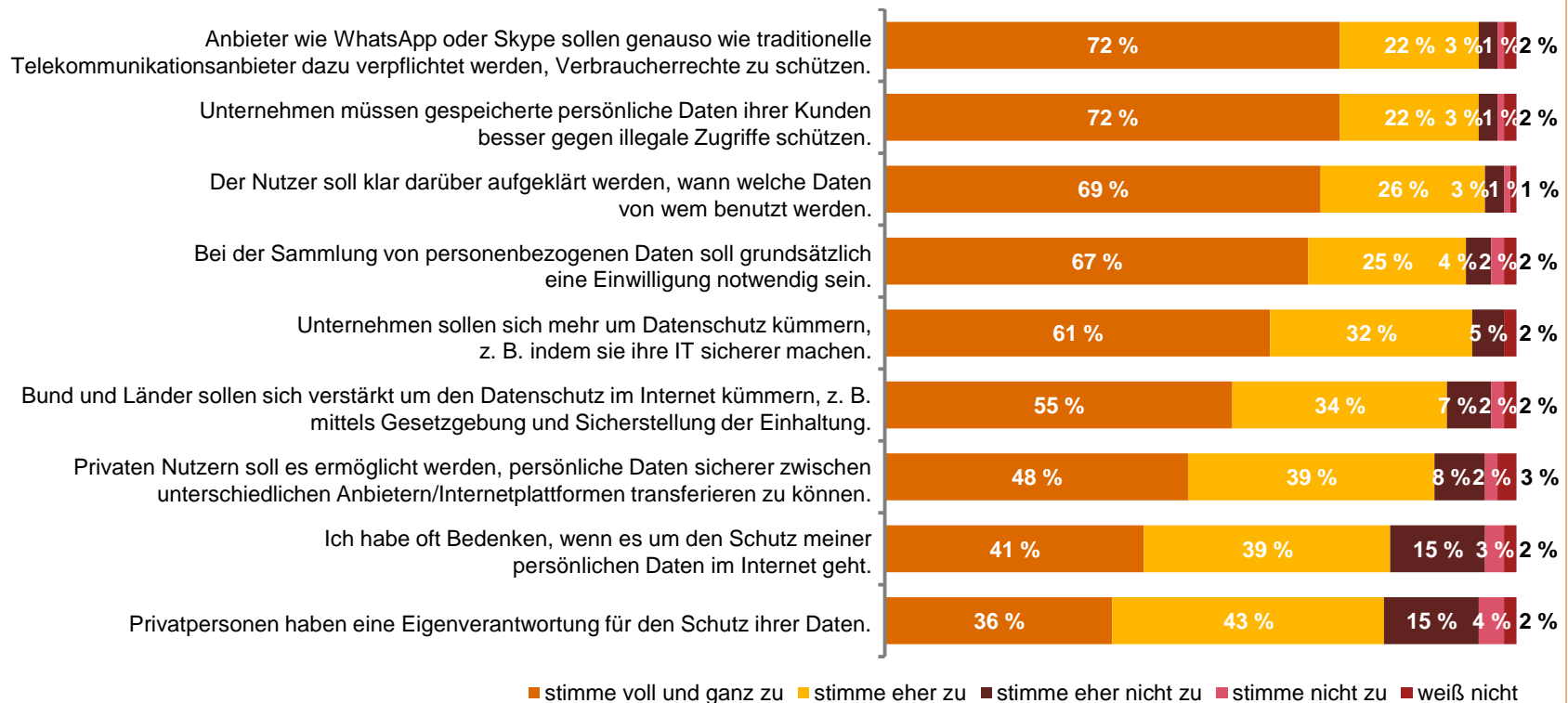
Frage 9: Vor allem Unternehmen sind Opfer von Cyberkriminalität. Sind Sie dafür, dass Unternehmen nach einem Angriff ihre Sicherheitslücken öffentlich melden müssen, damit diese bekannt werden und andere Unternehmen und/oder öffentliche Einrichtungen eigene Sicherheitslücken schließen können?

Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

Was wollen Deutsche in Bezug auf Datenschutz?

Bundesbürger fordern beim Thema Datenschutz vor allem von Anbietern digitaler Produkte und Unternehmen Schutzmaßnahmen.

Datenschutz hat eine hohe Relevanz

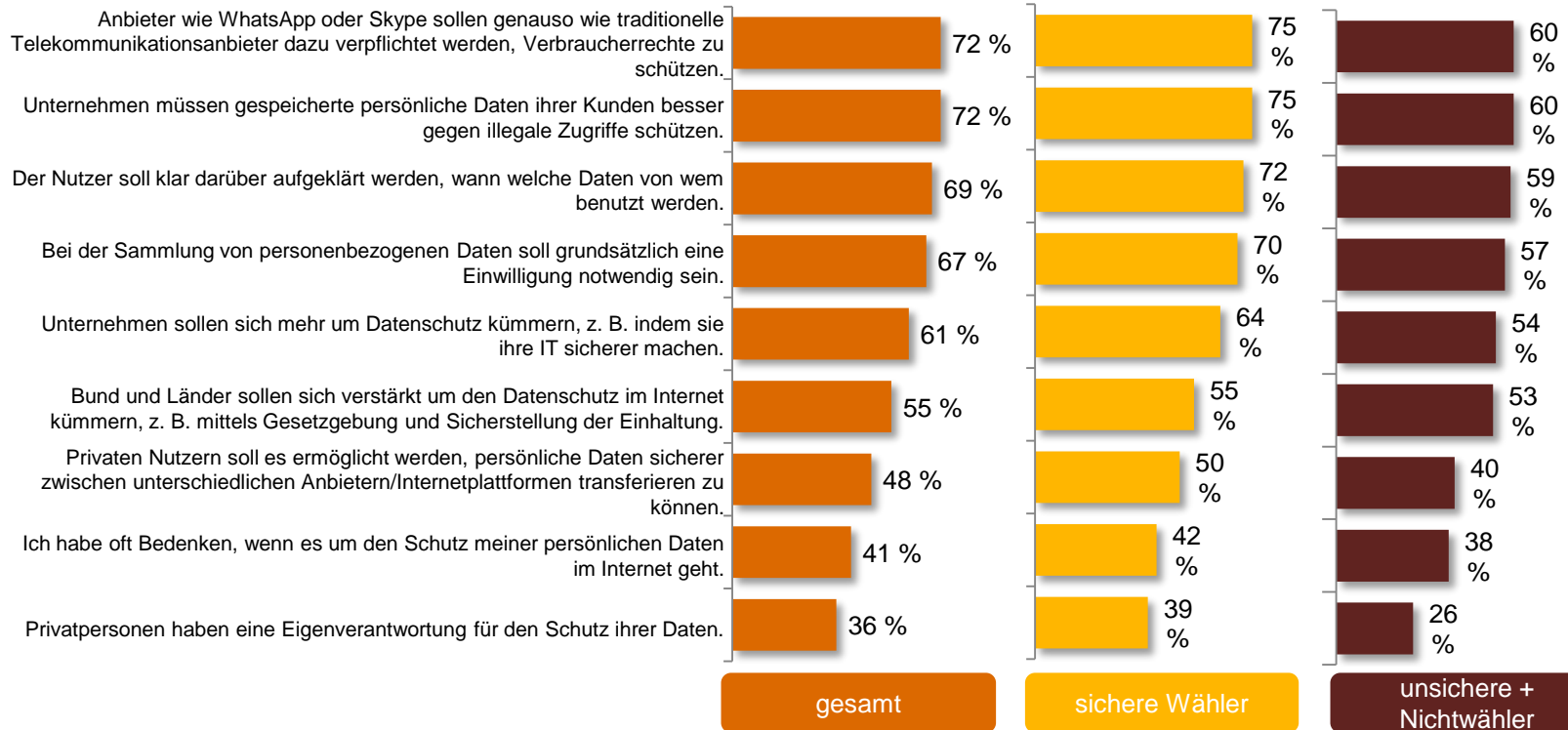


Frage 10: Bitte geben Sie an, ob Sie den folgenden Aussagen zum Datenschutz zustimmen.
Basis: alle Befragten, N = 1.000 (skalierte Abfrage, sortiert nach: stimme voll und ganz zu)

Was wollen Deutsche in Bezug auf Datenschutz?

Jeder sichere Wähler wünscht sich mehr Sicherheit beim Transferieren persönlicher Daten zwischen zwei Anbietern.

Datenschutz hat eine hohe Relevanz



Frage 10: Bitte geben Sie an, ob Sie den folgenden Aussagen zum Datenschutz zustimmen.

Basis: alle Befragten, N = 1.000 / sichere Wähler, N = 765 / unsichere Wähler + Nichtwähler, N = 235 (skalierte Abfrage, Darstellung: stimme voll und ganz zu)

Was wollen Deutsche in Bezug auf Datenschutz?

Befragte ab 40 Jahren sehen eher als Jüngere Bund und Länder in der Verpflichtung, sich verstärkt um Datenschutz zu kümmern.

Datenschutz hat eine hohe Relevanz

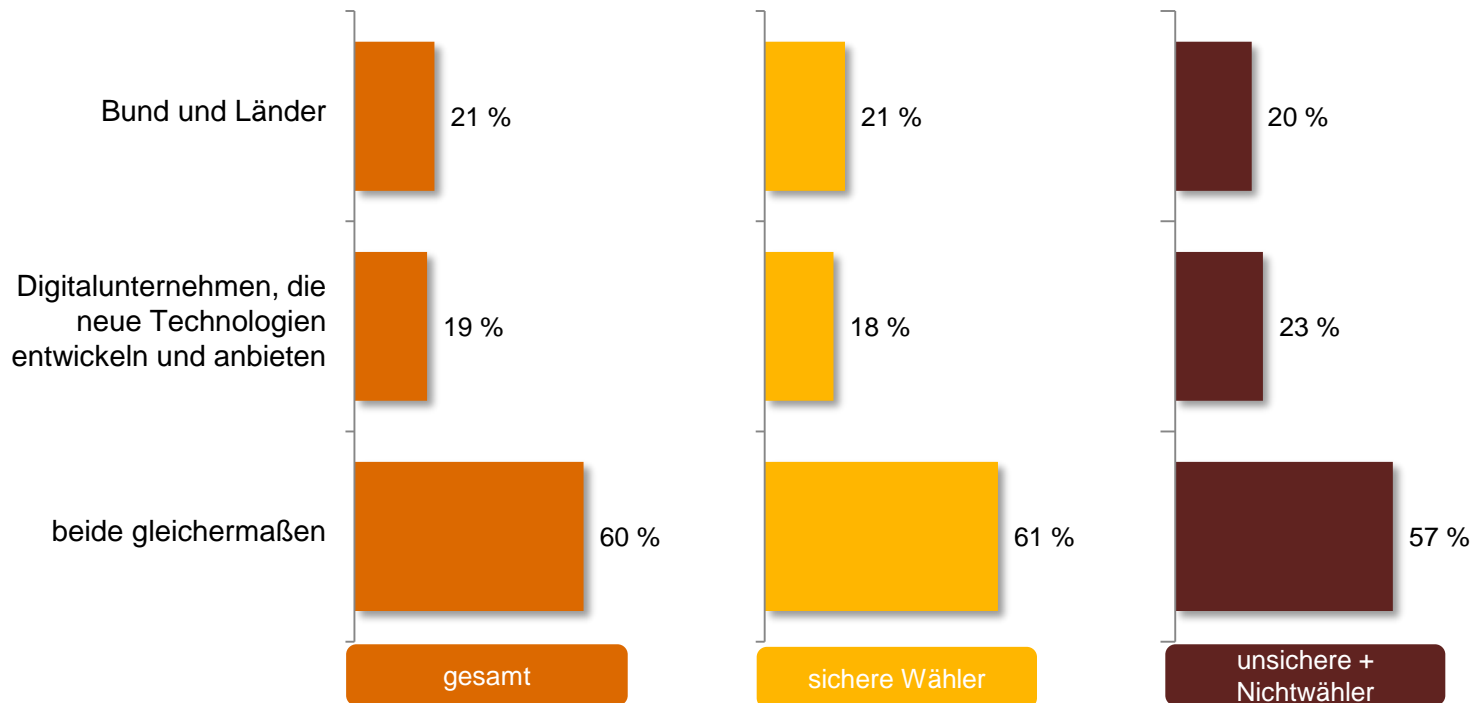
Top: Stimme voll und ganz zu	Alter					
	Total	18 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60+ Jahre
Basis	1.000	170	147	167	189	327
Anbieter wie WhatsApp oder Skype sollen genauso wie traditionelle Telekommunikationsanbieter dazu verpflichtet werden, Verbraucherrechte zu schützen.	72 %	61 %	57 %	78 %	79 %	77 %
Unternehmen müssen gespeicherte persönliche Daten ihrer Kunden besser gegen illegale Zugriffe schützen.	72 %	51 %	61 %	76 %	80 %	81 %
Der Nutzer soll klar darüber aufgeklärt werden, wann welche Daten von wem benutzt werden.	69 %	59 %	52 %	73 %	76 %	75 %
Bei der Sammlung von personenbezogenen Daten soll grundsätzlich eine Einwilligung notwendig sein.	67 %	55 %	48 %	72 %	78 %	73 %
Unternehmen sollen sich mehr um Datenschutz kümmern, z. B. indem sie ihre IT sicherer machen.	61 %	42 %	48 %	65 %	72 %	70 %
Bund und Länder sollen sich verstärkt um den Datenschutz im Internet kümmern, z. B. mittels Gesetzgebung und Sicherstellung der Einhaltung.	55 %	38 %	42 %	63 %	59 %	62 %
Privaten Nutzern soll es ermöglicht werden, persönliche Daten sicherer zwischen unterschiedlichen Anbietern/Internetplattformen transferieren zu können.	48 %	34 %	41 %	52 %	51 %	54 %
Ich habe oft Bedenken, wenn es um den Schutz meiner persönlichen Daten im Internet geht.	41 %	36 %	34 %	47 %	43 %	42 %
Privatpersonen haben eine Eigenverantwortung für den Schutz ihrer Daten.	36 %	25 %	30 %	36 %	42 %	40 %

Frage 10: Bitte geben Sie an, ob Sie den folgenden Aussagen zum Datenschutz zustimmen.
Basis: alle Befragten, N = 1.000 (skalierte Abfrage)

Wer soll Fragen zum Datenschutz klären?

Künstliche Intelligenz: Fragen zum Datenschutz sollen nach Meinung der Deutschen Staat und Digitalunternehmen gleichermaßen klären.

Datenschutz klären beim Einsatz von künstlicher Intelligenz



Frage 11: Mit der Entwicklung und Nutzung von neuen Technologien werden Daten erfasst, gesammelt und komplex verknüpft, z. B. beim Einsatz von künstlicher Intelligenz, wie bei einem digitalen Assistenten oder einem autonom fahrenden Auto. Wer soll dazu aus Ihrer Sicht Fragen in Bezug auf den Schutz der persönlichen Daten der Nutzer klären? Basis: alle Befragten, N = 1.000 / sichere Wähler, N = 765 / unsichere Wähler + Nichtwähler, N = 235 (Einfachnennung)

Wer soll Fragen zum Datenschutz klären?

Künstliche Intelligenz: Jüngere fordern eher als Ältere die Klärung der Datenschutzfragen durch Bund und Länder.

Datenschutz klären beim Einsatz von künstlicher Intelligenz

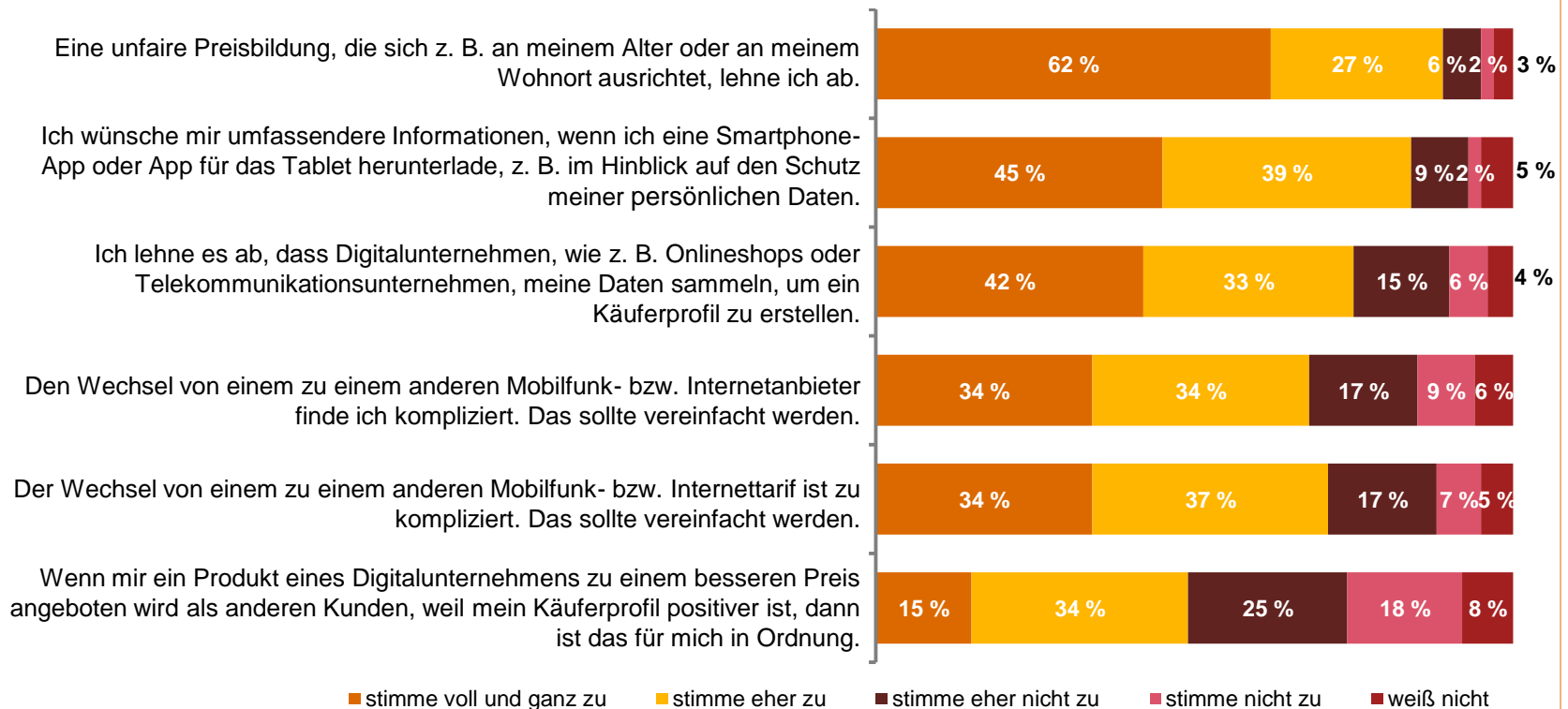
	Geschlecht			Alter				
	Total	Männer	Frauen	18 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60+ Jahre
Basis	1.000	489	511	170	147	167	189	327
Bund und Länder	21 %	27 %	14 %	36 %	26 %	17 %	19 %	13 %
Digitalunternehmen, die neue Technologien entwickeln und anbieten	19 %	16 %	22 %	20 %	20 %	19 %	18 %	19 %
beide gleichermaßen	60 %	57 %	64 %	44 %	54 %	64 %	63 %	68 %

Frage 11: Mit der Entwicklung und Nutzung von neuen Technologien werden Daten erfasst, gesammelt und komplex verknüpft, z. B. beim Einsatz von künstlicher Intelligenz, wie bei einem digitalen Assistenten oder einem autonom fahrenden Auto. Wer soll dazu aus Ihrer Sicht Fragen in Bezug auf den Schutz der persönlichen Daten der Nutzer klären? Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

Wie stehen Bürger zu digitalen Produkten?

Deutsche sind vor allem gegen unfaire Preisbildung und für mehr Informationen bei der Nutzung von Apps.

Für Datenschutz, mehr Informationen und einfachen Wechsel

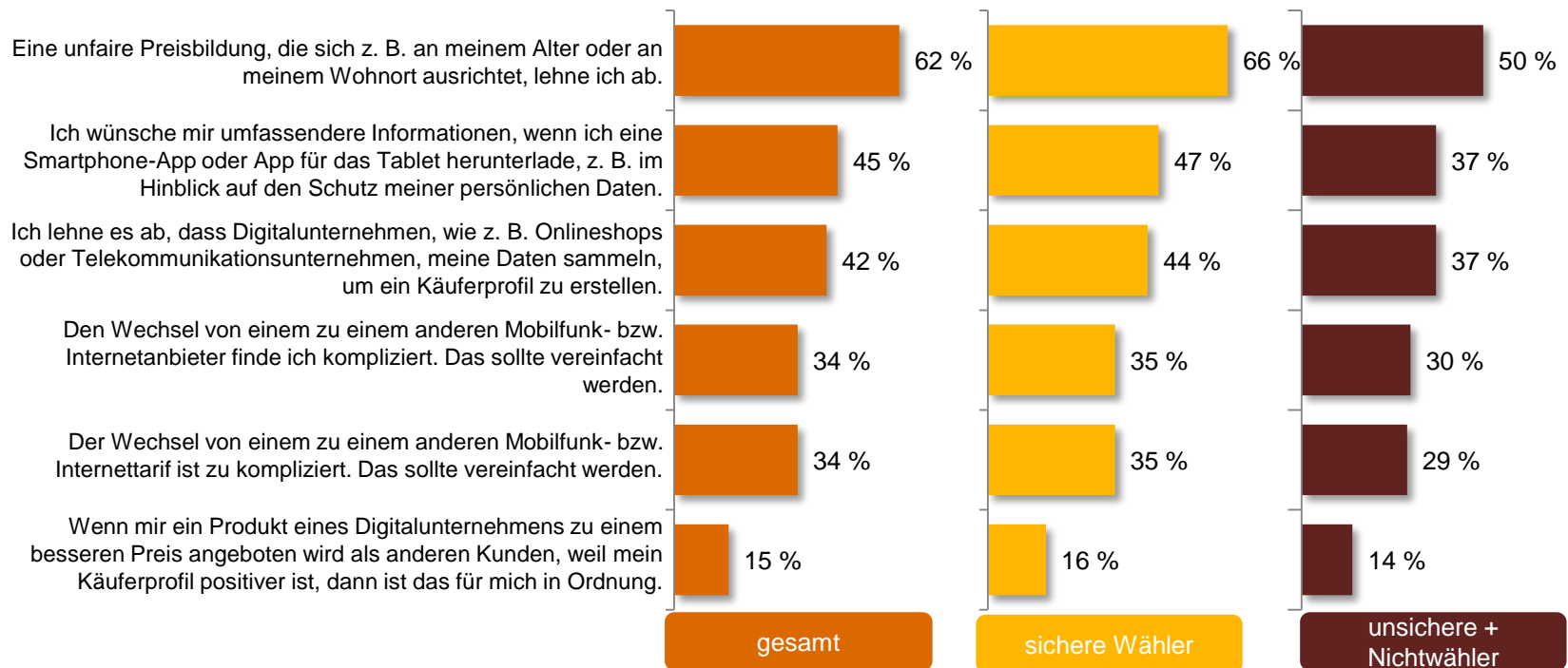


Frage 12: Einige Parteien setzen sich dafür ein, dass bestimmte Vorgehensweisen beim Konsum im Internet oder anderen digitalen Plattformen überdacht und neu geregelt werden sollen. Bitte geben Sie an, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Basis: alle Befragten, N = 1.000 (skalierte Abfrage, sortiert nach: stimme voll und ganz zu)

Wie stehen Bürger zu digitalen Produkten?

Knapp jeder zweite Deutsche, der sicher zur Wahl geht, wünscht sich mehr Informationen beim Herunterladen von Apps.

Für Datenschutz, mehr Informationen und einfachen Wechsel



Frage 12: Einige Parteien setzen sich dafür ein, dass bestimmte Vorgehensweisen beim Konsum im Internet oder anderen digitalen Plattformen überdacht und neu geregelt werden sollen. Bitte geben Sie an, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

Basis: alle Befragten, N = 1.000 / sichere Wähler, N = 765 / unsichere Wähler + Nichtwähler, N = 235 (skalierte Abfrage, Darstellung: stimme voll und ganz zu)

Wie stehen Bürger zu digitalen Produkten?

Umfassendere Informationen beim Herunterladen von Apps wünschen sich insbesondere Befragte ab 40 Jahren.

Für Datenschutz, mehr Informationen und einfachen Wechsel

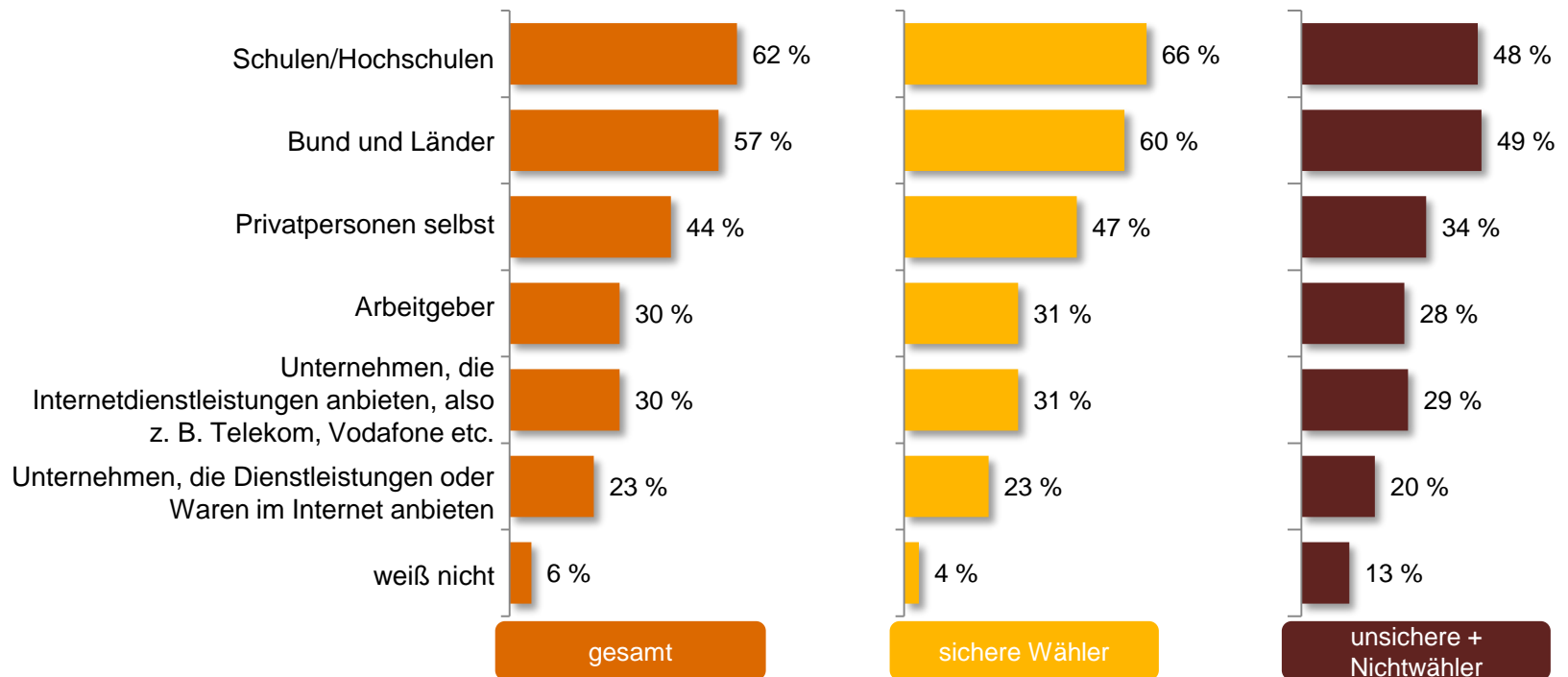
Top: stimme voll und ganz zu	Alter					
	Total	18 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60+ Jahre
Basis	1.000	170	147	167	189	327
Eine unfaire Preisbildung, die sich z. B. an meinem Alter oder an meinem Wohnort ausrichtet, lehne ich ab.	62 %	42 %	50 %	66 %	69 %	72 %
Ich wünsche mir umfassendere Informationen, wenn ich eine Smartphone-App oder App für das Tablet herunterlade, z. B. im Hinblick auf den Schutz meiner persönlichen Daten.	45 %	33 %	33 %	48 %	45 %	54 %
Ich lehne es ab, dass Digitalunternehmen, wie z. B. Onlineshops oder Telekommunikationsunternehmen, meine Daten sammeln, um ein Käuferprofil zu erstellen.	42 %	26 %	29 %	43 %	47 %	54 %
Den Wechsel von einem zu einem anderen Mobilfunk- bzw. Internetanbieter finde ich kompliziert. Das sollte vereinfacht werden.	34 %	23 %	31 %	38 %	31 %	41 %
Der Wechsel von einem zu einem anderen Mobilfunk- bzw. Internettarif ist zu kompliziert. Das sollte vereinfacht werden.	34 %	22 %	25 %	38 %	31 %	43 %
Wenn mir ein Produkt eines Digitalunternehmens zu einem besseren Preis angeboten wird als anderen Kunden, weil mein Käuferprofil positiver ist, dann ist das für mich in Ordnung.	15 %	14 %	16 %	18 %	12 %	16 %

Frage 12: Einige Parteien setzen sich dafür ein, dass bestimmte Vorgehensweisen beim Konsum im Internet oder anderen digitalen Plattformen überdacht und neu geregelt werden sollen. Bitte geben Sie an, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen.
Basis: alle Befragten, N = 1.000 (skalierte Abfrage)

Wer soll digitale Bildung verantworten?

Die Verantwortung für digitale Bildung sehen die Bundesbürger vornehmlich bei Schulen sowie Bund und Ländern.

Verantwortung für digitale Bildung



Frage 13: Kommen wir nun zum Thema digitale Bildung. Wer trägt aus Ihrer Sicht die Verantwortung dafür, dass Deutsche digital gebildet sind, also z. B. mit dem Internet insgesamt, dem Angebot im Internet, technischen Geräten und digitalen Angeboten zurecht kommen?

Basis: alle Befragten, N = 1.000 / sichere Wähler, N = 765 / unsichere Wähler + Nichtwähler, N = 235 (Mehrfachnennung)

Wer verantwortet digitale Bildung?

Für jeden zweiten Deutschen ab 40 Jahren liegt die Verantwortung für digitale Bildung bei jedem selbst.

Verantwortung für digitale Bildung

	Geschlecht			Alter				
	Total	Männer	Frauen	18 - 29 Jahre	30 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60+ Jahre
Basis	1.000	489	511	170	147	167	189	327
Schulen/Hochschulen	62 %	66 %	58 %	55 %	52 %	65 %	70 %	64 %
Bund und Länder	57 %	66 %	49 %	60 %	56 %	59 %	63 %	52 %
Privatpersonen selbst	44 %	47 %	42 %	34 %	38 %	49 %	47 %	48 %
Arbeitgeber	30 %	32 %	29 %	22 %	28 %	36 %	37 %	29 %
Unternehmen, die Internetdienstleistungen anbieten, also z. B. Telekom, Vodafone etc.	30 %	29 %	31 %	25 %	31 %	28 %	28 %	35 %
Unternehmen, die Dienstleistungen oder Waren im Internet anbieten	23 %	20 %	25 %	17 %	24 %	23 %	24 %	24 %
weiß nicht	6 %	3 %	9 %	7 %	7 %	5 %	6 %	5 %

Frage 13: Kommen wir nun zum Thema digitale Bildung. Wer trägt aus Ihrer Sicht die Verantwortung dafür, dass Deutsche digital gebildet sind, also z. B. mit dem Internet insgesamt, dem Angebot im Internet, technischen Geräten und digitalen Angeboten zurechtkommen?

Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Mehrfachnennung)

Über die Studie

Hintergrund und Untersuchungsansatz

Hintergrund

Der Berichtsband stellt die Ergebnisse einer Online-bevölkerungsbefragung zum Thema „**Bundestagswahl: Digitalisierung**“ dar, die im Auftrag der PricewaterhouseCoopers GmbH WPG durchgeführt wurde.

Untersuchungsansatz

- Erhebungsmethode: Onlinepanelbefragung
- Zielgruppe: Deutsche ab 18 Jahren, bevölkerungsrepräsentativ
- Stichprobengröße: N = 1.000
- Erhebungszeitraum: August 2017
- Die Ergebnisse sind auf ganze Zahlen gerundet.

Statistik

Geschlecht	
männlich	49 %
weiblich	51 %

Alter	
18 bis 29 Jahre	17 %
30 bis 39 Jahre	15 %
40 bis 49 Jahre	17 %
50 bis 59 Jahre	19 %
60 Jahre und älter	32 %

Bildung	
keine/Volks-/Hauptschule	13 %
mittlere Reife	39 %
Fachhochschulreife/Abitur	25 %
abgeschlossenes Studium	23 %

Haushaltsnettoeinkommen	
unter 1.000 Euro	9 %
1.000 bis unter 2.000 Euro	25 %
2.000 bis unter 3.000 Euro	26 %
3.000 bis unter 4.000 Euro	18 %
4.000 Euro und mehr	11 %
keine Angabe	11 %

Berufsgruppe	
Arbeiter/in oder Angestellte/r	46 %
Selbstständige/r	8 %
Beamte/r	4 %
Schüler/in oder Student/in	7 %
arbeitssuchend	2 %
ohne Berufstätigkeit (Hausfrau/-mann, Rentner/-in)	32 %
keine Angabe	1 %

Familienstand	
ledig	29 %
verheiratet/eheähnliche Gemeinschaft	54 %
geschieden	12 %
verwitwet	4 %
keine Angabe	1 %

Haushaltsgröße	
1 Person	28 %
2 Personen	43 %
3 Personen	15 %
4 Personen und mehr	14 %

Bundesland	
Baden-Württemberg	13 %
Bayern	15 %
Berlin	4 %
Brandenburg	3 %
Bremen	1 %
Hamburg	2 %
Hessen	8 %
Mecklenburg-Vorpommern	2 %
Niedersachsen	10 %
Nordrhein-Westfalen	21 %
Rheinland-Pfalz	5 %
Saarland	1 %
Sachsen	5 %
Sachsen-Anhalt	3 %
Schleswig-Holstein	4 %
Thüringen	3 %

Wohnort	
Innenstadt/Stadt	56 %
Vorort	18 %
Dorf/ländliches Gebiet	26 %

Basis: alle Befragten, N = 1.000

Ihre Ansprechpartnerin

Julia Wollschläger

PwC Communications

Moskauer Straße 19

40227 Düsseldorf

Telefon: +49 211-9815095

Mobiletel.: +49 160 96987497

E-Mail: julia.wollschlaeger@de.pwc.com